

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Versteht sich täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Verlegt von Georg v. S. in Neuenbürg (Johann D. Baum), für die Schriftleitung verantwortlich: H. Strauß in Neuenbürg.

Nr. 221.

Neuenbürg, Samstag, den 24. September 1921.

79. Jahrgang.

Rundschau.

Die innerpolitische Entwicklung dieser Woche hat noch zu keiner Klärung der Krise geführt, wenn auch verschiedene Anzeichen einer Beruhigung vorliegen. Der Konflikt zwischen Reich und Bayern brachte sogar zunächst eine Verschärfung der innerpolitischen Lage, vor allem durch das Schreiben des Reichskommissars für öffentliche Ordnung, Weisungen, das der Reichsregierung im Lieferwagenausschuss des Reichstages vorlas. Es sind darin die schwersten Vorwürfe gegen Bayern enthalten, das den Führern des Kampfbundes Schutz gewähren soll. Im bayerischen Landtag hat man mit ungewöhnlicher Schärfe diese Behauptungen zurückgewiesen und sich verbeten, daß das Reich Kriminalkommissionen nach München schickt, um nach dem Rechte zu sehen. Die preussische Regierung, an deren Spitze der Reichskommissar, Ministerpräsident Stöcker steht, sprach ihr Bedauern über das Vorgehen der Reichsregierung gegenüber Bayern aus. So kommt es, daß man in Berlin nun recht still geworden ist mit der bayerischen Frage, das ist gut so, denn Bayern müßte zunächst seine eigenen innerpolitischen Verhältnisse ordnen, die durch das Berliner Vorgehen zu harten politischen Gegensätzen führten. Seitdem die Sozialdemokratie im industriereichen Nordbayern eine Bewegung entfaltet mit der Devise: Los von München, weg nach Baden! hat schon es so, als ob das Berliner Eingreifen und das parteipolitische Zwischenstück der bayerischen Sozialdemokratie das zurückgetretene Ministerium nach auf neue Bahnen bringen würde. Aber Dr. v. Kahr hat das genaue Gegenteil der bayerischen Volkspartei zur Uebernahme der Reichspräsidentenwahl abgelehnt, weil über die Wählerfrage der Reichspräsidentenwahl keine Einigung erzielt wurde. So hat der bayerische Landtag denn in dem Grafen von Helldorf, dem bisherigen Staatsminister in Darmstadt, einen neuen Reichspräsidenten gewählt, wobei freilich die Sozialdemokratie weise Zurückhaltung beobachtet hat. Die bayerische Volkspartei (Deutschnationale), die bisher an der Regierung teil hatte, für Kahr stimmte. Der neue Reichspräsident ist parteipolitisch ein unbeschriebenes Blatt und will sein Amt führen nach dem Grundsatz: Ohne parteipolitische Bindungen im Rahmen unentworfener Reichstreue und Wahrung der christlichen Grundgesetze. Man kann nun hoffen, daß die heftigen Fragen zwischen Berlin und München rascher zur Lösung entgegengesetzt werden.

Die deutsche Sozialdemokratie hat in Würzburg ihren Parteitag abgehalten und im Gegensatz zur vorjährigen Konferenz mit 290 gegen 67 Stimmen eine Entschliessung mit der Forderung angenommen, daß ein Zusammenarbeiten mit anderen Parteien und der Eintritt der Sozialdemokratie in die Regierungen zu fordern sei. Das bedeutet die grundsätzliche Bereitwilligkeit der Sozialdemokratie, mit der Deutschen Volkspartei zusammen zu arbeiten. Da auch von dieser Seite in den Reden des Führers Stresemann die Geneigtheit zum Eintritt in die Regierung herausgehört war, so ist damit zu erwarten, daß schon in nächster Zeit eine Umbildung der Reichsregierung und der Regierungen der Länder auf breiter Basis in Aussicht genommen wird. In Berlin herrscht man beim Eintritt in Ministerien. So soll der württembergische Ministerpräsident werden. Doch erscheinen alle Namen heute noch als Kombinationen. Die Auswirkung dieser Regierungsbildung auf die bayerische Volkspartei ist ein ihrer drei Ministerien an die Sozialdemokratie abzugeben.

Die äußere Politik des Reiches steht unter dem unabweisbaren Eindruck der Ereignisse, vornehmlich Frankreichs. Das immer ist das gegebene Versprechen, die wirtschaftlichen Verhältnisse zum 15. September aufzubessern, nicht eingelöst. Frankreichs Willen soll die Ausfuhrkontrolle Deutschlands durchbrechen, Verhandlungen über die neue Form der Sanierung scheitern noch. Freilich wird dabei nicht viel mehr erreicht als bei den neuerdings stattgefundenen Konferenzen zwischen dem Reichsminister Rathenau und dem französischen Minister Renaudie. Die Wiederanbahnung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern ist ein Ziel, das sich nicht einmal einmal im Auge gefaßt wurde. Am Abend ist auf Grund des Ultimatum der neue Weltfrieden an die Feinde zu bezahlen. Bei dem Ultimatum wurde ein Balkenstand bietet die Weltöffentlichkeit die Schwere der Lage, weshalb die deutsche Industrie der Weltöffentlichkeit ihre Hilfe durch Bereitstellung von Krediten anbieten darf.

Die Dankschuld, besonders aber der Süden des Reiches, ist im Hinblick auf den furchtbaren Explosionenstand der bayerischen Revolutionen in Ouz in der Pfalz, die im Umfang der Katastrophe ist noch nicht zu übersehen. Von München sind in namenhaftem Maßstab grüner und eine großzügige Diskussion ist das Ziel der Woche, denn was nicht zur Tat wird, hat keinen Wert. Die wirtschaftliche Lage mit ihren Spannungen zeigt sich in den Auswärtigen Angelegenheiten des Reiches und in den Beziehungen zu den Nachbarländern. Ungarn soll blockiert werden, wenn es sich nicht an dem Balkenstand (das Vorgehen) heranzieht. Österreich und Japan haben sich über die Ärmel des Ostens. Der griechische Sieg in Kleinasien ist durch den notwendigen Rückzug auf eine sichere Basis zur Niederlage geworden. Die Türken triumphieren.

Deutschland.

Zeuthen, 23. Sept. Da nach einer Verfügung des bayerischen Ministeriums für Wissenschaft und Kunst Schüler der Nationalität an bayerischen Schulen einzuweisen nicht möglich werden, hat das Reichsministerium des Reichsausschusses angeordnet, daß Schüler bayerischer Staatsangehörigkeit in württembergischen Schulen bis auf weiteres aufgenommen sind.

München, 23. Sept. Die Aufforderung der kommunistischen Partei an die Sozialdemokratie, den Kampf der ehemaligen Reichspräsidenten zu verhindern, wurde von Letzterer abgelehnt

mit der Begründung, daß die S. R. D. nach den mannigfachen Erfahrungen mit der R. P. D. nicht in Verhandlungen eintreten könne.

Berlin, 23. Sept. Die offiziellen Verhandlungen zwischen Berlin und München werden morgen in Berlin wieder aufgenommen werden. — Laut Berliner Lokalanzeiger fand gestern Nachmittag eine Besprechung des Reichslandtags mit Mitgliedern der Zentrumspartei über die politische Lage statt. Von antiliberer Seite wird betont, daß alle Gerüchte von einem Gegenstand zwischen Dr. Wirth und dem rechten Zentrumskreis unzutreffend seien. In der gestrigen Beratung sei volle Einmütigkeit erzielt worden. — Wie angekündigt, fand gestern in Kiel an Bord des Schlachtschiffes „Dannenberg“ die argentinische Angelegenheit durch die argentinische Flotte durch die deutsche Kriegsflotte statt.

Kaiser-Kärntner wieder frei.

München, 23. Sept. Der Reichsausschuss für die bayerische Frage hat gestern Nachmittag mit dem Antrag der S. R. D. auf sofortige Freilassung des wegen Hochverrats zu einem Jahr 3 Monaten verurteilten Abg. Kaiser-Kärntner zu beauftragt. Der Ausschuss beschloß mit 10 gegen 9 Stimmen die Annahme des Antrages der S. R. D.

Engere Fühlung mit der Reichsregierung.

Berlin, 23. Sept. Wie die Blätter melden, legt der neue bayerische Ministerpräsident Graf von Helldorf den größten Wert auf eine handliche Fühlungnahme mit der Reichsregierung. Bei seiner demnächstigen Anwesenheit in Berlin wird Graf von Helldorf nicht nur die Verhandlungen mit der Reichsregierung über die bekannten Beschlüsse des bayerischen Landtagsausschusses persönlich führen, sondern auch eine handliche Fühlungnahme mit der Reichsregierung in die Wege leiten. Dadurch will Graf von Helldorf vor allem vermeiden, daß die bayerische Regierung plötzlich vor entscheidende Beschlüsse der Reichsregierung gestellt wird, wie dies während der Regierung Kahr wiederholt der Fall war, woraus die ernstesten Konflikte entstanden.

Der Widerhall der bayer. Kabinettsbildung in der Münchener Presse.

München, 23. Sept. Die politischen Morgenblätter enthalten sich zunächst einer kritischen Beleuchtung des neuen Kabinetts und geben in der Hauptsache nur die Entscheidung wieder, die nun zur Bildung eines neuen Kabinetts ohne die bayer. Volkspartei geführt hat. Die „Münchener Anzeiger“ überreicht ihre Betrachtung „Die Sprengung der Koalition in Bayern“. Sie bemerkt, man wolle die Mitarbeit der bayerischen Volkspartei nicht, sondern folge dem von Bayern aus schon durch die Berufung vom 20. August erklärten Ruf zum Kampfe gegen die Rechte. Das ist, so sagt sie zusammenfassend, der Sinn dieser neuen Koalition. Darüber hinaus und das Wort von der Reibekaltung des alten Kabinetts nicht hinweg. Die „Münchener Nachrichten“ bemerken, daß die erste Programmrede des neuen Ministerpräsidenten einen guten Eindruck hinterlassen habe. Verstehe ihre Kürze und die Einfachheit der Sprache, die auf rednerische Ausformung verzichtet, daß ihre Wirkung außerordentlich beachtlich. — Der „Bayerische Kurier“ betont, die Rede des Ministerpräsidenten habe sicherlich einen guten Eindruck gemacht.

Die Bayer. Volkspartei gegen Dr. Wirth.

München, 23. Sept. In der Frage der Stellungnahme der Bayerischen Volkspartei zur Koalition im Reich hat die Deutsche Volkspartei in Bayern folgende Erklärung veröffentlicht: „Der erweiterte geschäftsbührende Ausschuss der Deutschen Volkspartei trat zu einer außerordentlichen Sitzung zusammen, um zu den bevorstehenden Tagesfragen der bayerischen Volkspartei Stellung zu nehmen. Im Verlauf der sehr wertvollen und fruchtbarsten Erörterungen wurden naturgemäß auch die wichtigsten Probleme im Reich behandelt. Es herrschte völlige Uebereinstimmung darüber, daß der Eintritt unserer Partei in ein Reichskabinett, an dessen Spitze Dr. Wirth steht, nie und nimmer in Betracht kommen kann.“

Die Saarbevölkerung lehnt die Frankensicherung ab.

Saarbrücken, 23. Sept. Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Saarbrücken lehnte in ihrer gestrigen Sitzung, ebenso wie die meisten anderen Ortsparlamente, die von der Regierungskommission verlangte Bezahlung der städtischen Beamten mit allen gegen 3 Stimmen der Unabhängigen ab. Als Begründung der Ablehnung wurde angeführt, daß durch die Einführung der Frankensicherung in der Kommunalverwaltung die Kosten der Kommune ins Ungeheure steigen würden, daß die Steuern in Franken erhoben werden müßten und die wirtschaftliche Selbstständigkeit der Gemeinden vernichtet würde. Außerdem müßte solange die Verantwortung für eine solche Maßnahme abgelehnt werden, solange die Regierungskommission keinen Weg zeige, wodurch den durch die Einführung der Frankensicherung schwer geschädigten Teilen der Bevölkerung, den Marktentlosten und den Markt-Rentenempfängern geholfen werden könne. Ferner wurde in der Begründung der Ablehnung des Antrags der Regierungskommission darauf hingewiesen, daß nach den Bestimmungen des Friedensvertrages die Mark als eigentliche Währungsmünze im Saargebiet zu gelten habe.

Vom Parteitag der Sozialdemokratischen Partei.

Stettin, 23. Sept. Am Donnerstag vormittag fand der sozialdemokratische Parteitag die Aussprache über den Fraktionsbericht fort. Reichstagsabgeordneter Eduard Bernheim sprach über die Steuer- und Finanzpolitik und hat die Resolutionen des Reichstages angenommen. In seinem Schlusswort verlas Abgeordneter Hoch eine Interpellation, die die Reichstagsfraktion im Reichstag eingebracht hat und in der es heißt, ob der Reichstag bereit sei, angesichts des ungeheuren Unglücks in Ludwigsbafen, sofort Maßnahmen zu treffen, um schuldlos in Ludwigsbafen das Unglück zu verhindern hätten und was zur Verhinderung derartiger Unfälle geschehen könne; 2. Aus öffentlichen Mitteln zunächst die erste Hilfe zu leisten. In der Abstimmung wurde von den Anträgen der Steuerfragen nur die Resolution Reil angenommen. Die Anträge

von Frankfurt wurden abgelehnt. Zur Justizreform wurde eine Resolution Kahrbrach angenommen: Zustimmung fand auch die Resolution Schmidt zur Ernährungsfrage. Von den sonst noch angenommenen Anträgen interessieren namentlich ein auf Trennung von Staat und Kirche, Enteignung des Hohenzollernvermögens, Bezahlung der öffentlichen Feiertage, die in die Woche fallen, Antrags auf Urlaub. Abgelehnt wurden dagegen die Anträge auf Abschaffung von Ministerposten, namentlich für den ehemaligen Reichsminister Heubach. Der ehemalige Reichsminister Müller gab eine bemerkenswerte Erklärung zur Frage der Regierungsbildung. Er versicherte freilich und unter Zustimmung des Parteitag, alle Nachrichten der Berliner Morgenblätter über die Umbildung der Reichsregierung, daß bereits die Verteilung der Ministerposten beschlossen, daß die Sozialdemokratie entschlossen sei, den Reichsminister Wirth, der doch dem Auslande gegenüber das Kabinett der Erfüllung repräsentieren, fallen zu lassen, den Ministerposten selbst zu übernehmen und dafür dem Zentrum das Reichstagspräsidium zu überlassen, seien Wort für Wort unabweisbar. Auf dem Würzburger Parteitag, so stellte Müller fest, ist überhaupt kein Beschluß über die Umbildung der Reichsregierung mit irgend einer der anderen Parteien gefaßt worden. Wir haben überhaupt keine Umbildung nötig. Von uns sind auch niemals Bestrebungen nach „Verbreiterung“ ausgegangen. Viel wichtiger wäre die Frage, was der Reichstag tun will, wenn die neuen Steuern kommen. Solange diese Frage nicht gelöst ist, solange sollte man uns mit all diesen luftigen Kombinationen vom Volke bleiben.

Ausland.

Genf, 23. Sept. Die drei baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen sind gestern in den Völkerbund aufgenommen worden.

Völlig unzureichende Bewertung der von Deutschland ausgelieferten Schiffe.

Die Reparationskommission hat nunmehr den Wert der von Deutschland ausgelieferten Schiffe mit 745 Millionen Goldmark bestimmt. Von dieser Summe müssen gewisse Abgaben für Reparaturen und die innere Einrichtung in Abzug gebracht werden, die gemäß den Waffenstillstandsbedingungen Deutschland nicht aufgeschrieben werden. Der sich dann ergebende Betrag wird auf das Kreditkonto Deutschlands gutgeschrieben werden.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Sonntagsgedanken.

Der bittere Saft.

Leib, der Unwissende, und Seele, die Wissende, tranken zusammen aus einem Reich einen Trank, bitteren Saft.
Leib schrie: „Weh, ich trank Schmerz!“ — Und er sank.
Seele sprach: „Müde, Verz.“
Wir tranken Kraft!
Gutes, tiefes Leid durchschüttelt den Grund der Seele und weckt dort schlummernde Kräfte, es reißt sie aus der Sicherheit und Selbstgenügsamkeit heraus und weist sie auf ein höheres Sein, in welchem allein der Friede zu finden ist. W. Carrière.

Es dünkt dich Traurigkeit zu sein, nur Traurigkeit, du fühlst nur Kautenschläge, und das Leid geht überdies arme müde Haupt dir Well auf Well. Doch sieh, die Nacht berrinnt, und in der Morgenhelle steht du im Freizeid. Es dehnt sich schnittberent. Das Leid, das du durchlebst, war eine Sommerzeit. Da ist die Frucht gereift im Sonnenchein und Regen. Nun sammelt deine Seele ihren Erntesegen. W. Carrière.

A Herrensahl, 23. Sept. Das feldene Fest der Goldenen Hochzeit feiert am Sonntag den 23. Sept. Hofkammer Wilhelm Stoll und Ehefrau Friedrike geb. Wark. In einem gesund herabblühenden Kinder- und Enkelkreis erfreuen sich beide Jubilare noch recht fröhlicher Mühsigkeit; möge die Sonne göttlicher Gnade auch ihren ferneren Lebensweg beschienen!

Handel und Verkehr.

Devisenkurs. (Durch die Rheinische Creditbank, Niederlassung Herrensahl, mitgeteilt.) Norddeutsch. Holland 340—345, Schweiz 8070—8090, Paris 770—775, London 404—408, Newyork 108—109, Ungarn 15—16, Tendenz: fest.

Neueste Nachrichten.

Karlsruhe, 24. Sept. Der badische Landtag verhandelte gestern über die deutsch-nationalen Interpellationen betr. des Verbot von Regimentsfeiern über die Ausdehnungen im Anschluß an die sozialistische Demonstration in Heidelberg nach der Ermordung Erzbergers. Staatspräsident Traut erwiderte zunächst in ruhiger Weise die Beantwortung der bad. Regierung. Schließlich aber wurde er von einer starken Erregung erfaßt und betonte, daß es nicht nur links, sondern auch rechts-Vollschwestern gebe, wobei er mit der Faust auf den Tisch schlug. — Die Deutschnationalen antworteten mit Worten wie „Unerschämtheit“ und anderen Ausdrücken gegen die Regierung. In dem nun entstandenen Tumult fielen Ausdrücke wie „Vaterlandsverräter“, „Schieber“ usw. Erst nach längerer Zeit trat wieder Ruhe ein.

Karlsruhe, 23. Sept. Im Landtag machte der Staatspräsident Mitteilung über die Statuten eines Schiedsbundes, dem die Würder Erzbergers angehört hätten.

München, 23. Sept. Die „Münchener Anzeiger“ Abendzeitung“ erklärt, daß die Bayerische Volkspartei durch ihr Ausreten aus der bisherigen Koalition nicht ihr Mißtrauen gegen den neuen Ministerpräsidenten bekunden wolle. Die Partei werde der neuen Regierung ihre Unterstützung nicht verweigern, solange die Regierung an den Grundfragen der Politik von Kahr festhalten und entschlossen sei, alle Veruche niederzukämpfen, die Ruhe und die Ordnung zu stören.

München a. M., 24. Sept. In einer Verammlung des Vereins für das Deutschtum im Ausland, in der Admiral

Neuenbürg e. V.
im breiten Tal.
den 25. ds. Mts.
Lands-Spiele
Klasse B
nig Würm
Mannschaften,
Mart.
Spieldanschuß.
dung!
5. September 1921
chaukel
Auturmen des dortigen
de und Ginner von der
und bitte um gefl. Denkm
er: E. Holz, Dillien.
b a d.
hneidefurn
(und Weisnähen)
Oktober.
10—12 Uhr.
Villa Schönblid.
Neuenbürg
Eine schöne hornlose
Saamen-
Ziege
zu verkaufen.
Brunnenstraße 287.
Arnbach,
Zwei Paar schöne, 80
Pfund schwere
Läufer-
Schwein
zu verkaufen
Ernst Richter,
Schwarzenberg.
Eine ältere
Milch-
Kuh
und ein fünfjähriges
Kind
zu verkaufen
Frau Wtm. Red.
Oberkollbach,
Sehe 2 ganz erstklassig
Zucht-
arren,
16 Monate alt, Rot-
schweiden, sehr mächtig, mit
der Garantie dem Verkauf
Farrerhalter Ankerer.
Suche für 1. Okt. eine ge-
te, zuverlässige
Köchin
gen hohen Lohn.
Angebote erbeten an
Kreisdirektor Richter,
mann a. M., Steinheim-
landstraße 14.
5000 Mark
2. Hypothek gegen hohen
ns sofort gesucht.
Angebote an die Engländer-
chaftsstelle erbeten.

Sicher über „Marine u. Auslandsdeutschum“ sprach, kam es zu schweren Ausschreitungen. Kommunisten, teils junge Arbeiter, harrten in Stärke von etwa 30 Mann den Saal und schlugen mit Säcken und Stöcken auf Frauen und Kinder ein. Es entstand eine ungeheure Panik.

Leipzig, 23. Sept. Vor dem Reichsgericht begann heute der Hochverratsprozess gegen 22 Angeklagte aus Kötten und Umgebung, die angeklagt sind, in der zweiten Hälfte des August 1920 auf eine von der kommunistischen Zentralkommission in Berlin organisierte „Anstiftung“ in Kötten eine rote Armee gebildet zu haben mit dem Zweck, die Reichsverfassung gewaltsam zu ändern und die sogenannte Räterepublik auszurufen. Einer der Angeklagten ist Privatlehrer. Die meisten anderen sind Arbeiter oder Handwerker. Die Verhandlung wird voraussichtlich 6 bis 7 Tage in Anspruch nehmen und wird vom Senatspräsidenten Dr. Belagius geleitet.

Berlin, 23. Sept. Wie der Deutsche Bankbeamtenverein mitteilt, haben heute Verhandlungen mit dem Reichsverband der Bankleitungen stattgefunden, welche die drei am Tarifstreik beteiligten gewerkschaftlichen Organisationen beauftragt hatten. Gemeinlich wurden vorläufige Beihilfen in Höhe von 4000 Mark für Verbeirätete, 3000 für Ledige und 1800 Mark für Angestellte und Lehrlinge unter 20 Jahren. Nach längerer Aussprache erklärte der Verbandsdirektor, daß die Angelegenheit einer Hauptversammlung des Arbeitgeberverbands unterbreitet werden möchte. Eine solche könnte nur mit sorgsamem Nachdenken in Betracht kommen und ein Bescheid sei daher erst in der ersten Oktoberwoche möglich.

Berlin, 24. Sept. Gelegentlich seiner gestrigen abend angetretenen Reise nach Berlin gedenkt der bayerische Ministerpräsident Graf Kochenfeld sich auch mit dem dort weilenden russischen Staatspräsidenten zu besprechen. — Beim Empfang des deutschen Handelsvertreters Wiedenfeldt in Moskau wurden die Ansprachen gewechselt, die die Hoffnung auf wirtschaftliche Zusammenarbeit Deutschlands und Russlands ausdrücken. — Nach dem „Nacht-Abendblatt“ ist Adolf Joffe vor etwa einem Monat in der Ukraine von anständigen Ukrainern in einem Zuge zwischen Odessa und Kiew gefangen genommen worden. Die Anführer sollen Joffe und seine Begleiter erschossen haben. — Die „Deutsche Zeitung“ erhielt gestern abend die amtliche Mitteilung, sie werde auf drei Tage verboten. Bei den sofort erbobenen Vorstellungen stellte sich heraus, daß dem Verbot mißverständliche Auslegung eines Passus in einer geschichtlichen Ausführung zugrunde gelegen hat. Das Verbot wurde heute Vormittag wieder aufgehoben. — Der Reichsminister des Innern hat die in Graz erscheinende „Der freie Arbeiter“ für die Zeit vom 22. September bis einschließlich 5. Oktober für das deutsche Reichsgebiet verboten. — „Laut Berliner Lokalanzeiger“ sind erfolgversprechende Verhandlungen im Gange, um eine Dinauschiebung des Rülligkeitstermins der von Holland durch Vermittlung von Wladimir der Reichsbank gewährten Kredite zu erreichen. Diese Verhandlungen bewegen sich im Rahmen der Befreiungen, die eine weitere Entwertung der Mark verhindern sollen. — Bei Marienwerder wurde vor einiger Zeit der Besitzer dabei mit einer Holzfalle erschlagen aufgefunden. Dem „Berliner Tageblatt“ zufolge haben Kriminalbeamte jetzt den 13-jährigen Sohn (!) des Ermordeten als Täter ermittelt.

Koppenhagen, 23. Sept. Auf dem Ringplatz bei Nalund ereignete sich heute Nachmittag ein schweres Flugzeugunglück. Bald nach dem Aufflug eines Flugzeugs, in dem sich zwei Fliegeroffiziere befanden, explodierte der Motor und das Flugzeug stürzte in Flammen gehüllt zu Boden. Beide Offiziere wurden auf der Stelle getötet. Ihre Leichen wurden verbrannt unter dem brennenden Flugzeug hervorgeholt.

London, 23. Sept. Die „Times“ schreiben in einem Leitartikel, es sei ein hoffnungsvolles Zeichen, daß die deutsche Volkspartei ihrem Entschluß, die deutsche Republik zu unterstützen, Ausdruck gegeben habe. Die Tendenz, die die Industriellen von den Militaristen wegzuziehen, und die sie in die Lage versetzt, mit den Gemäßigten zusammenzuwirken, sei schließlich zu begrüßen. Dies werde hoffentlich auch die Stellung Wirths gegenüber den extremen Nationalisten schärfen.

London, 24. Sept. „Daily Express“ meldet, daß der Entwurf einer Antwort Lloyd George auf das letzte Schreiben Devaleras, die das letzte Wort der britischen Regierung darstelle, allen Mitgliedern des Kabinetts zur Billigung überlassen würde. Die Antwort erklärte in nicht mißverständlicher Weise, daß eine Konferenz mit den Vertretern der Sinn-Fraktion nicht stattfinden könnte, wenn der Anspruch auf ihre Souveränität nicht endgültig aufgegeben werde.

Angora, 23. Sept. Unsere Verfolgung entwickelt sich. Die griechischen Truppen, die ihren Weg über Eski-Sassar nehmen, geben in Richtung auf Sarikis zurück. Tausende von unbedingten Gefangenen liegen auf dem Schlachtfeld. Nach Erklärungen von Gefangenen sind die griechischen Verluste größer als sie bisher eingeschätzt wurden.

Tosio, 23. Sept. Japan soll beschließen haben, die Frage der Kollisionsfreiheit in Washington nicht zur Sprache zu bringen, da die Ver. Staaten mitgeteilt hätten, daß sie das Morris-Chidlow-Abkommen über die japanische Einwanderung annehmen würden.

Zum Explosionsunglück im Städtstoffwerk Oppau.

Heidelberg, 23. Sept. Nach amtlicher Schätzung sind allein in Heidelberg an 150 Häusern infolge der Explosion in Oppau Konkreteisen zerstört worden. Der Schaden wird auf 700 000 Mark geschätzt. Die freistehende Fassade des Otto-Heinrich-Baus des Heidelberger Schlosses hat dem gemaltigen Aufdruck, der gegen die Stadt anprallte, völlig Stand gehalten.

Berlin, 23. Sept. Das „Nacht-Abendblatt“ meldet aus Ludwigshafen, daß nach Ansicht der Direktion der Bad. Anilin- und Sodafabrik der durch die Explosion verursachte Produktionsausfall gering sein werde. Die zerstörten Fabrikanlagen sollen schnell wieder aufgerichtet werden. Pläne für den Wiederaufbau der zerstörten Maschinen und Gebäude werden bereits ausgearbeitet. Die Direktion hofft, in einigen Monaten den Fabrikbetrieb wieder aufnehmen zu können. Die Zentrale ist völlig intakt geblieben.

Berlin, 23. Sept. Ueber das Unglück in Oppau bringen die Abendblätter ausführliche Berichte von Augenzeugen. Wie man erfährt, sind außer 4000 Tonnen Ammon-Sulfat-Salzeiter auch 9 große Gasometer in die Luft geflogen, von denen einer 50 000 Kubikmeter Gas enthielt. Aus dem Trichter der Explosion brodelte das Grundwasser hervor. Ueber die Ursache des Unglücks ist noch nichts festgestellt. An dem Rettungswerk ist alles beteiligt, was ein Herz in der Brust hat. Die Wege nach Oppau sind überfüllt mit Fußwerkern, die heranziehen, was die Not erheißt. Es fehlt an Nahrungsmitteln, Verbandstoffen und Medikamenten. Auch über den wirtschaftlichen Schaden läßt sich noch nichts Bestimmtes sagen. — Die Oppauer Anlagen sind bei der staatlichen Brandkasse in Bayern versichert. Die Warenvorräte sind mit einer Gesamtsumme von 138 Millionen Mark bei einer Anzahl deutscher Versicherungs-gesellschaften versichert. Auch die chemische Industrie hat durch das Unglück einen so schweren Schlag erlitten, daß nur die reichhaltige Energie der deutschen Industrie die Garantie dafür bietet, daß sie sich von diesem Schlag erholt.

Todesfälle unter den Schwerverletzten.
Rannheim, 23. Sept. Im allgemeinen Krankenhause sind im Laufe des vorgestrigen Tages etwa 15 Schwerverletzte ihren Verletzungen erlegen. Die Zahl der in Behandlung befindlichen Schwerverletzten beträgt 120. Zahlreich sind auch die Fälle, wo durch den Schock Nervenschwörungen hervorgerufen wurden, die teils schwerer Art sind. Die Zahl der in Krankenhaus befindlichen Verwundeten beträgt 108. Von den bis

jetzt verstorbenen 28 Opfern sind 10 bis 11 ans Feantenthal selbst.

500 Tote. — 60 Erblindete.

Ludwigshafen, 23. Sept. Vorm. 9 Uhr. Bis jetzt hat man die Zahl der Toten, von denen die meisten unter den Trümmern liegen, auf 500 geschätzt. Die von der „Köln. Ztg.“ angegebene Zahl von 800 bis 1000 ist übertrieben. Nach einer amtlichen Liste beläuft sich die Zahl der schwer Verletzten ebenfalls auf 500, darunter 60 Blinde.

Ein Beihilfetelegramm des Reichslandgräfens Wirth an die bad. Regierung.

Karlsruhe, 23. Sept. In der gestrigen Landtags-Sitzung brachte Staatspräsident Krupp folgendes Telegramm des Reichslandgräfens Wirth zur Verlesung. „Der badische Regierung spreche ich meine herzliche Teilnahme aus zu dem furchtbaren Unglück, das durch die Oppauer Katastrophe auch viele Badener betroffen hat. Zur Vinderung der Not werden 10 Millionen Mark zur Verfügung gestellt. An den bayerischen Ministerpräsidenten habe ich deshalb folgendes telegraphiert: Zur Vinderung der Not der durch das Oppauer Unglück Betroffenen werden von der Reichsregierung 10 Millionen Mark beim Reichsrat und Reichstag angefordert werden. Die Reichsregierung ist bereit, der bayerischen Staatsregierung sofort im Voraus die Beträge zur Verfügung zu stellen und die Verteilung der Gelder der bayerischen Regierung im Benehmen mit der badischen Regierung zu überlassen. Namens der Reichsregierung darf ich bei der Danksagung Ausdruck geben, daß dieser Betrag die Diskussion fördern möge.“

Das Beileid des Auslandes.

Berlin, 23. Sept. Der niederländische Gesandte hat heute nachmittag persönlich dem Reichspräsidenten im Auftrag der Königin der Niederlande anlässlich der Oppauer Katastrophe deren tiefes Beileid ausgesprochen. Der König von Dänemark hat telegraphisch seine herzlichste Teilnahme bezeugt. Außerdem sind bei der Reichsregierung von einer großen Anzahl ausländischer Regierungen Beileidsbekundungen eingegangen. Neben sämtlichen hier anwesenden fremden Diplomaten sprachen zu diesem Zweck beim Auswärtigen Amt vor. Einer der ersten war der französische Geschäftsträger, der auch beauftragt war, dem Reichsminister das Beileid des Ministerpräsidenten Brand und des Ministerrats zu übermitteln. Die russische Kolonie in Baden-Baden hat an die badische Regierung ebenfalls ein Beileidetelegramm gerichtet.

Hilfe für Oppau.

Basel, 21. Sept. Die Davoseragentur veröffentlicht zu dem Unglück in Oppau folgende Meldung: General Seuntje, der in Ludwigshafen eintraf, beorderte das gesamte Sanitätspersonal, die sämtlichen Ärzte und Chirurgen der Abwehrarmee an die Unglücksstätte und organisierten Volkshäuser für die in Mitleidenschaft gezogenen Familien. Der französische Oberkommissar Tirand stellte den Arbeitergewerkschaften 75 000 A zur Verfügung der Familien der Opfer des Unglücks. Die Schweizer Schleißschiffahrtsgenossenschaft in Basel hat an den Oberbürgermeister in Mannheim nachfolgendes Telegramm gerichtet: Anlässlich des schweren Unglücks, das die beiden Schwweizerstädte Mannheim und Ludwigshafen getroffen hat, sprechen wir Ihnen unser tiefstes Beileid aus. Zur Vinderung der äußersten Not stellen wir Ihnen 2000 Frk. zur Verfügung. Wir bitten Sie, gemeinsam mit dem Oberbürgermeister Ludwigshafens darüber zu verfügen.

Der badische Landtag bewilligte eine Million Mark für die Opfer der Unglückskatastrophe in Oppau. — Die Stadt Darmstadt hat aus Anlass des Oppauer Unglücks die Bildung eines Diskomitees und die Zeichnung von 50 000 Mark beschlossen. — Das gesamte bayerische Staatsministerium und das Präsidium des Landtages erließen einen Aufruf an die gesamte Bevölkerung, der die freie Willkürigkeit des bayer. Volkes aufruft, den Unglücklichen der furchtbaren Katastrophe in Oppau zu helfen und Tränen zu trocknen. — Oberbürgermeister Böß-Berlin hat namens des deutschen Städteages und der Reichslandgräfenschaft in einem Telegramm an den Gemeindevorstand in Oppau aus Anlass des schweren Unglücks beileidliches Beileid ausgesprochen und zugleich mitgeteilt, daß der Berliner Magistrat die Bewilligung von 100 000 Mark bei der Stadtverordnetenversammlung zur Vinderung der Not beantragt hat. — Die Newyorker Zeitungen geben ausführliche Berichte über das furchtbare Explosionsunglück in Oppau und bezeugen den unglücklichen Opfern und ihren Hinterbliebenen herzlichste Teilnahme. Bankier Zimmermann leitete bereits eine Sammlung für die Hinterbliebenen ein.

Bayerische Hilfsmassnahmen.

München, 23. Sept. Amtlich wird bekannt gegeben: Das neugewählte Ministerium trat heute zu seiner ersten Sitzung zusammen und beschäftigte sich an erster Stelle mit dem Unglück in Ludwigshafen-Oppau.

Minister Oswald, der schon am Tage des Unglücks an die Unglücksstätte geeilt war, war zu diesem Zweck aus Ludwigshafen zurückgekommen und berichtete über seine Eindrücke, die den furchtbaren Umfang der Katastrophe bezeugen, von der überwiegend das bayerische Gebiet betroffen ist. Es wurde die Bildung eines Arbeitsausschusses in Aussicht genommen, der unter der Leitung des Regierungsdirektors Mattheis von Oppau stehen soll. Außerdem wird die Bildung eines Hilfskomitees erwogen, das alle am Hilfswerke beteiligten Reichs- und Landesbehörden umfassen soll. Die näheren Verhandlungen hierüber werden anlässlich der Abwesenheit des Ministerpräsidenten in Berlin abgeschlossen werden. Weiter sind die notwendigen Schritte zur sofortigen Lieferung von Baumaterial, Glas, Jergeln, Holz usw. und von Lebensmitteln bereits eingeleitet. Den Bemühungen des Landwirtschaftsministeriums wird es voraussichtlich gelingen, vom Allgäu größere Mengen zur Versorgung der Kranken und Verletzten nach Ludwigshafen zu senden. Auch zur Sicherstellung von Mehl und Kartoffeln zur Versorgung Ludwigshafens sind die notwendigen Vorkehrungen eingeleitet worden. Das Rote Kreuz wird sich voraussichtlich ebenfalls in den Dienst der von der bayerischen Staatsregierung eingeleiteten Hilfsaktion stellen. Der Ministerpräsident beabsichtigt, an der Trauerfeier teilzunehmen, die am Sonntag in Ludwigshafen stattfindet.

Abschau der Menschheit.

Ludwigshafen, 21. Sept. Es beschäftigt sich, daß nach dem Unglück gewissenlose Elemente sich in Oppau und im Stadtteil Friedenberg trüben ihr Unwesen, sogen den Toten Ring von den Fingern und raubten Wertgegenstände.

Zur Ermordung Erzbergers.

Ueber die bisherigen Ergebnisse der Nachforschungen nach den Mördern Erzbergers wurden heute in einer Konferenz mit den Vertretern der Stuttgarter Presse in der Verfassungskommission des württ. Staatsministeriums von zuständiger Seite nähere Mitteilungen gemacht. Aus den Verlautbarungen, die im wesentlichen den Gang der bisherigen Ermittlungen im Fall Erzberger, wie er bereits bekannt ist, wiedergeben, war zu entnehmen, daß die Feststellung der Täter gelungen ist und die notwendigen Nachforschungen der Staatsanwaltschaft in Offenburg, an denen die württ. Landespolizei hervorragenden Anteil nahm, vorläufig abgeschlossen sind. Dabei ist besonders bemerkenswert, daß keinerlei Anhaltspunkte, auch nicht in den aufgefundenen Korrespondenzen der beiden Täter, für einen Zusammenhang zwischen den Tätern und irgend einer Partei festgelegt werden konnten, daß aber Mitwisser vorhanden sind, die sich aus den Kreisen der Nationalsozialisten und der ehemaligen Brigade Erhardt rekrutierten. Betont wurde auch, im Gegensatz zu anderweitigen Behauptungen, daß das Mün-

chner Polizeipräsidium und die bayerische Polizei die Nachforschungen in München tatkräftig unterstützen.

Stegerwald für Wirth.

Berlin, 23. Sept. Im „Deutschen“ wendet sich Stegerwald in eigener Sache gegen den Artikel des „Abg. Roos in der „Germania“: „Die Verantwortung Stegerwalds“. Er sagt u. a.: In den letzten 14 Tagen fanden zwischen dem Reichslandgräfens Wirth und mir mehrere sehr eingehende Besprechungen statt, die sich besonders durch Freimut und durch Freundschaft auszeichneten. Als gestern Morgen von Paris Dresden ein Telegramm nach denen Wirth dort als erkrankt und in, als der kommunistische Mann hingestellt wurde, erklärte ich sowohl Herrn Wirth als auch einigen Pressevertretern gegenüber sofort, daß Stegerwald gegenwärtig einen Kanalarwechsel aus vielen Gründen zu vertragen könne, auch deshalb nicht, weil eine Anzahl seiner gerichtet Zeitungen den Kampf gegen Wirth zu durchzuführen geführt habe. Es darf zu allem, was in den letzten Wochen geschrieben ist, nicht auch noch der falsche Anschluß an Wirth weht werden, daß eine kleine Gruppe gerichtet Kreise in Deutschland die Kraft besäße, den Reichslandgräfens zu kürzen. So habe die Partei nicht. Er kamte, dem der mehrheitssozialdemokratische Parteitag die wichtigsten Hindernisse für eine dritte Mitte mit einem starken Arbeiterflügel beseitigt habe, für Wirth.

Stinnes über die Kamdschaft der Erfüllung.

Ein Vertreter der amerikanischen Zeitschrift „Evening Post“ hatte eine Unterredung mit Hugo Stinnes. Dieser erklärte, daß Deutschland die Bedingungen des Wismars nicht erfüllen könne. Die Summen seien viel hoch. Deutschland sei, um die erste Rate leisten zu können, gezwungen gewesen, große Mengen ausländischer Devisen zu kaufen, wodurch der Dollar gestiegen und der Kurs der Mark weiter gesunken sei. Die weitere Folge sei eine erhöhte Instabilität der deutschen Notenpresse und damit weiteres Sinken des deutschen Kredites. Wenn Deutschland durch seinen Export zahlen solle, sagte Stinnes, müßte es fünf Millionen Industriearbeiter mehr besitzen, die es aber nicht hat. Deshalb wünscht zu arbeiten und zum allgemeinen Wiederaufbau beizutragen. Die Ironie der Situation liegt aber darin, daß Deutschland der Rohmaterialien entbehrt, während andere Nationen diese besitzen, die es aber nicht hat. Deutschland wünscht zu arbeiten und zum allgemeinen Wiederaufbau beizutragen. Die Ironie der Situation liegt aber darin, daß immer wieder selbstschädliche Politiker die wichtigsten Entscheidungen auf wirtschaftliche Gebieten treffen, von denen keine Ahnung haben. Die einzig praktische Lösung wäre ein wirtschaftlicher Völkerverbund unter dem Einfluß der Vereinigten Staaten und England, um den wirtschaftlichen Austausch zu garantieren. Die Welt braucht die tätige Teilnahme der Vereinigten Staaten an europäischen Angelegenheiten. Wirth war der entscheidende Faktor beim Gewinn des Kredites, was es ist unbedingt notwendig, daß sich Amerika am Wiederaufbau Europas beteiligt, doch darf Amerika dies nicht in der Art Wilsons tun, denn Europa braucht praktische Männer für die verfassungsmäßige Versammlungs- und Verfassungsarbeit.

Berlin, 24. Sept. Ein Erlaß des preussischen Ministers des Innern an den Polizeipräsidenten von Berlin, der mit der Bekämpfung der Landfriedensbrüche in der Umgebung von Berlin beschäftigt, wird amtlich veröffentlicht. In der Einleitung weist Minister Dominicus darauf hin, daß es bei der Interpretation des Reichspräsidenten vom 22. 8. nicht zulässig sei, Versammlungen und Feiern nur aus dem Grunde zu verbieten, weil sie politisch abweichend gerichteten Volkstreffen Anlaß geben könnten, sich zu versammeln. In dem Erlaß heißt es weiter: Diese Veranlassungen entstehen den Zweck der Verhinderung, insbesondere die Polizei, gewalttätige Beunruhigungen der verfassungsmäßigen Versammlungs- und Versammlungsfreiheit mit allen Mitteln zu verhindern.

Verfriedliche Ergebnisse der Kartoffelernte.

Vom Reichsernährungsministerium ist festgestellt worden, daß die Kartoffelernte befriedigend ausfällt und daß, wenn mit den drei letzten Jahren, die diesjährige Ernte etwa 10 Prozent des Durchschnitts dieser Jahre beträgt. Allerdings ist zu berücksichtigen, daß die Ernte noch nicht abgeschlossen ist, sondern erst begonnen hat, diese Schätzung aber zu machen sein dürfte, und das Endergebnis sich voraussichtlich noch günstiger gestalten wird. Die Ernte nicht daher zu pessimistisch keine Veranlassung. Hinsichtlich der Preise wurde betont, daß die öffentlichen Notierungen, die zurzeit zwischen 45 und 50 A schwanken, der Marktlage entsprechen und daß zu diesen Preisen tatsächlich die großen Mengen, die der Großhandel anlegt, gehandelt werden. Nach den bisherigen Erfahrungen kann nur dringend darauf gewarnt werden, daß keine zu großen Aufwänden insbesondere der industriellen Werte Kartoffeln angekauft und hierdurch die Preise in die Höhe getrieben werden. Eine Gefangenschaft kann nur dann eintreten, wenn man allgemein zu den Friedensgewohnheiten zurückkehrt und dem sachverständigen Handel das Einkaufen der Kartoffeln überläßt. Auch in diesem keineswegs leichten Geschäft können ungeschickte Hände mehr verderben als nützen.

Programmdebatte in Gorki.

Görlitz, 23. Sept. Der neue Programm-Entwurf des Komromisswes des Auswahls, den man am Programm gemacht hatte und der nun im Schweiße seines Ansehens vor Tage lang auf Grund der Entwürfe von Stämpfer und Cramé ein Werk vorliegt, das alle Kritiker beruhigen und befriedigen soll, ein sehr bedenklicher Bericht von sehr zweifelhaftem Erfolg.

Der neue Entwurf enthält wieder die Parole des „Kampfes als geschichtliche Notwendigkeit und ständiger Fortschritt“, wendet sich gegen die Proletarisierung der geistigen Arbeiter, gegen die Korruptionierung des öffentlichen Lebens und die Gefahr neuer blutiger Konflikte, verlangt eine stark weiterbewegte auch als Grundstein für einen wahrer Gleichberechtigter Völker und erklärt endlich, die demokratische Republik für die durch die geschichtliche Entwicklung unumkehrlich gegebene Staatsform zur Erneuerung der Welt. Im Geiste sozialistischen Gemeinschaftssozialismus wird die Überführung der gesamten kapitalistischen Wirtschaft zur sozialistischen zum Wohle der Gesamtheit betriebenen Wirtschaft als Kampf gegen Klassenprivilegien und die restlose Abschaffung jeder Klassenherrschaft gefordert. Es folgen dann die wesentlichen Forderungen an dem Gebiete der Wirtschaftspolitik: Sozialisierung aller Grund und Bodens; aller Bodenbesitzer aller natürlichen Kraftquellen; auf dem Gebiete der sozialen Politik einheitliches Arbeitsrecht, freies Recht für Frauen im Erwerb, planmäßige Bevölkerungspolitik auf dem Gebiete der Finanzen, Erbrecht des Reiches, Beteiligung öffentlichen Gewalts am Vermögen der kapitalistischen Unternehmungen; auf dem Gebiete der Verfassung und Verwaltung: Sicherung der demokratischen Republik, Befreiung der Reichsversammlung, Demokratisierung aller staatlichen Einrichtungen, Schaffung einer einheitlichen Gemeindeförderung für Stadt und Land usw.; auf dem Gebiete der Rechtsprechung: Einzelforderungen auf dem Gebiete der Kulturschulpolitik und einiger Sätze über Völkervereinigungen und Internationale“ bilden den Schluß.

In der Ausdrucks-Abteilung eine größere Zahl Redner auf dem Entwurf, der schließlich im bloe unter stürmischem Beifall angenommen wurde.

Aus der Wahl des Parteivorstands geht hervor: als Vorsitzender Hermann Müller (mit 320 Stimmen) und Braun (310), als Kassierer Bartels (322) und Deiwisch (310), als Sekretäre Kollensbahr und Pfannkuch, Otto Braun, als

Denk Krüger u. Co. Position Heinrich 1899, 31 Stimmen e. Präferenzion und Tall...
Zahlung
Diejenigen Steuer...
Zwangsw...
Im Wege der Zw...
Reuenbürg belege...
Kr. 577, Abteilung...
Bilhelm Wen...
tragtragten Grundstück...
Die...
Kr. 255: 1 a 03...
samt Ne...
weg...
Kr. 299: 74 gm...
Sägewerk...
grundbesitzlich geschäft...
am Mittwoch...
nach...
dem Rathaus in...
Der Versteigerung...
das Grundbuch eingetra...
Es ergeht die...
Zahl der Eintragung...
Grundbuch nicht ersichtlich...
mehre vor der Aufford...
nehmen und, wenn der...
nachen, widrigenfal...
tungen Gebots nicht...
Versteigerungserlö...
in ibigen Rechten an...
Diejenigen, welche...
nicht haben, werden o...
schlages die Aufhebung...
Versteigerungserlö...
an...
Reuenbürg, den 2...
B...
Im Zwangswege...
H. Kr., vormittags...
1 Fahrrad...
Bilder, 2...
Rosen und...
Kranzbänd...
Händler gegen Barzahl...
versteigert...
Derrnald, den 2...
Reyle's...
in allen Größen...
neu...
Phil. Bosch...
Verlaufe wieder...
kritiklaffig...
wie Maischrol...
in höchsten Tagespre...
H. Friedri...
Neben...
Gut eingeführte...
Schulversicherung...
Arbeit und Erchtu...
Effekten erbeten an...

